

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Es gilt das gesprochene Wort

Sozialpolitik

Torsten Geerds zu TOP 26:

Die Herausforderungen des demographischen Wandels annehmen

Der demographische Wandel stellt uns auf allen politischen Ebenen vor neue Herausforderungen.

Ab dem Jahr 2020 sinkt die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter deutlich. Langfristig haben wir in Schleswig-Holstein mit einem Rückgang von 400.000 Personen im erwerbsfähigen Alter zu rechnen.

Allein diese Zahl macht deutlich, in welchem Umfang neue Anforderungen auf die Politik der Kommunen, des Landes und des Bundes zukommen.

Es ergibt sich ein dringender Handlungsdruck für die Reform der Sozialsysteme, für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen, für die Verbesserung der Kinderbetreuung und nicht zuletzt für das Angebot nach seniorengerechtem Wohnen.

Ich möchte der Landesregierung für den vorgelegten Bericht danken. Er zeigt auf, wo wir als Land Schleswig-Holstein bereits gut aufgestellt sind, wo dringender Handlungsbedarf herrscht, und wo wir auch von anderen Bundesländern lernen können.

Es gibt eine deutliche Entwicklung von der Großfamilie zur Kernfamilie beziehungsweise vom Drei-Generationen-Haushalt zum 2- und 1- Generationenhaushalt.

Knapp 35 Prozent aller Haushalte sind Ein-Generationenhaushalte. Dieser Prozentsatz wird weiter steigen. Zunächst in den Städten und im Hamburger Randgebiet, mit leichter zeitlicher Verzögerung allerdings auch im ländlichen Raum.

Der vorliegende Bericht macht deutlich, dass als Alternative zu den konventionellen Altenpflegeheimen die Wohn- und Hausgemeinschaften an Bedeutung gewinnen werden. Ich halte die Aussage für wichtig, dass die Landesregierung Initiativen zur Gründung und Schaffung dieser Wohn- und Betreuungsformen ganz konkret unterstützt.

In diesem Zusammenhang kommt der Wohn- und Serviceberatung eine besondere Bedeutung zu. Wir müssen gemeinsam darauf achten, dass solche Beratungsangebote wohnortnah vorhanden sind. Wir müssen Träger motivieren, diese Beratungsleistung in ihrem bisherigen Angebot mit vorzuhalten.

Wir verzeichnen eine immer stärkere Nachfrage nach generationsübergreifenden Wohnformen. Es gibt gerade in der älteren Generation eine Sehnsucht, den Lebensmittelpunkt dort zu haben, wo auch junge Familien mit Kindern leben. Und selbstverständlich hat die Landesregierung mit ihren mahnenden Worten im Bereich auch Recht, dass solche Wohnformen auf Dauer angelegt sein müssen.

Eine der stärksten Nachfragen im Lande erleben wir nach Einrichtungen die „Wohnen mit Service“ bieten. Die älteren Menschen haben gerade dort die Möglichkeit in den eigenen, abgeschlossenen vier Wänden leben zu können.

Sie wollen in dem Umfang pflegerische Hilfen, Essenversorgung, hauswirtschaftliche Dienste und Krankenpflege einkaufen können, wie er tatsächlich benötigt wird.

Die Nachfrage nach persönlicher Assistenz schwankt von Tag zu Tag. Und machen wir uns nichts vor, wir sind in der Frage der Bereitstellung und der Abrechnung persönlicher Hilfen noch nicht flexibel genug.

Die Wahrung der Privatsphäre gehört zu den vordringlichsten Wünschen, die ältere Menschen formulieren, wenn es darum geht, einen neuen, altengerechten Wohnraum zu finden. Und genau daran, werden sich alle Einrichtungen messen lassen müssen, Privatsphäre wird ein zentraler Qualitätsmaßstab sein. Der Erhalt der Privatsphäre, auch wenn die Pflegebedürftigkeit eintritt, hat ganz konkret etwas mit menschenwürdiger Pflege zu tun.

Ich freue mich, dass bereits in diesem Bericht sehr klare Aussagen zur Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern gemacht werden. Die ersten Kreistage und Ratsversammlungen haben bereits entsprechende Aufträge an die Verwaltung formuliert, Konzepte zu erarbeiten, wie Häuser der Begegnung auf die jeweiligen Bedürfnisse vor Ort entwickelt werden können.

Ich unterstreiche ausdrücklich, die Aussagen der Landesregierung zu den unabhängigen Pflegeberatungsstellen. Sie sind nicht nur für eine älter werdende Gesellschaft lebensnotwendig. Pflegeberatungsstellen leisten mittelfristig auch einen konkreten Beitrag, um Kosten einzusparen.

Abschließend kann ich nur noch ein paar Stichpunkte nennen:

- Wir reden nicht nur über Wohnraum für ältere Menschen, übrigens möglichst zentral und nicht am Rande der Stadt.
- Wir reden auch über die Barrierefreiheit, über lebenslanges Lernen,
- über Kulturangebote,
- über Sportvereine,

die sich noch stärker als bisher auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft einstellen müssen.